

## **Die politischen Ziele der parlamentarischen Initiative Joder betreffend „Gesetzliche Anerkennung der Verantwortung der Pflege“**

Von Nationalrat Rudolf Joder, Präsident Association Spitex privée Suisse ASPS, Fraktionsmitglied SVP

### **1. Der Inhalt der parlamentarischen Initiative**

Am 17. März habe ich im Nationalrat eine parlamentarische Initiative eingereicht. Diese verlangt, dass durch eine Revision des KVG die Gesundheits- und Krankenpflege als Leistungen definiert werden, die von Pflegefachpersonen zu einem näher zu definierenden Teil auf ärztliche Anordnung (mitverantwortlich) und andererseits zu einem näher zu definierenden Teil in Eigenverantwortung (eigenverantwortlich) erbracht werden.

### **2. Das Ziel der parlamentarischen Initiative**

In der Pflegewissenschaft gibt es klar definierte eigenständige pflegerische Massnahmen. Es sind dies z.B. die Lagerung, die Wundversorgung oder die Mobilisation. Diese Massnahmen können von den Pflegefachpersonen auf Grund ihrer Ausbildung, Erfahrung und Kompetenz selbständig und in eigener Verantwortung ausgeführt werden. Die parlamentarische Initiative will, dass die Pflegeberufe mehr Kompetenzen bekommen und aufgewertet werden. Der Status des „Hilfsberufs“ der Pflegeberufe muss abgeschafft werden. Die parlamentarische Initiative Joder will, dass die Pflegeberufe die politische Anerkennung und die adäquate gesetzliche Verankerung erhalten.

### **3. Die Pflegeberufe sind wichtig**

Die Bedeutung und Wichtigkeit der Pflege für die Bevölkerung ist gross und wird in Zukunft markant zunehmen. Dies ergibt sich aus der demographischen Entwicklung der Gesellschaft. Die Einführung der Fallpauschalen und die neue Pflegefinanzierung werden die Patientenströme verändern. Je früher die Patienten entlassen werden, umso qualifizierter muss die Pflege sein.

Zudem erhöht der chronische Charakter vieler Krankheiten, die zunehmende Hochaltrigkeit und der Umstand, dass der gleiche betagte Patient gleichzeitig an verschiedenen Krankheiten leidet, die Versorgungsansprüche.

Die Arbeitsrealität der Pflege ist komplexer geworden, und die Behandlungsprozesse gestalten sich intensiver und anspruchsvoller. Dies gilt für die Pflege im Spital, im Heim und in der Spitex. Wegen generellem Personalmangel ergeben sich bereits jetzt akute Probleme. Mit der gesetzlichen Anerkennung der Verantwortung der Pflege wird die Attraktivität des Berufes gesteigert.

Die Personalfrage ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft des Gesundheitswesens. Deshalb besteht politischer Handlungsbedarf, und die Pflegeberufe müssen gesetzgeberisch eigenständig verankert werden.

### **4. Kostensenkung und keine Mengenausweitung**

Die heute obligatorische ärztliche Anordnung auch für Patienten, die über längere Zeit ausschliesslich pflegerische Leistungen benötigen, verursacht unnötige Kosten und administrativen Aufwand. Auf Grund ihrer beruflichen Kompetenzen können ausgebildete Pflegefachleute die Notwendigkeit und Art der pflegerischen Leistung selber beurteilen und diese auch effizient erbringen.

## ● SPITEX *privée Suisse*

Die neue Kompetenzregelung etabliert nicht neue Leistungserbringer. Es geht um die sachgerechte Abgrenzung von ärztlichen und pflegerischen Aufgaben ohne Mengenausweitung.

### **5. Die parlamentarische Initiative ist politisch breit abgestützt**

Die parlamentarische Initiative Joder ist von 65 Nationalrätinnen und Nationalräten aus sechs Fraktionen und acht politischen Parteien unterzeichnet worden. Sie ist politisch breit abgestützt, und der Handlungsbedarf ist von rechts bis links erkannt worden. Diese solide Verankerung ist wichtig für die Umsetzung der Initiative.

### **6. Die parlamentarische Initiative ist im Einklang mit dem Gegenentwurf des Bundesrates zur Hausarzt-Initiative**

Für den Bundesrat umfasst die Grundversorgung neben der kurativen auch die präventive, rehabilitative und palliative Versorgung. Dies bedeutet eine enge Vernetzung und die intensive Zusammenarbeit verschiedener Gesundheitsberufe auf gleicher Stufe. Der Hausarzt-Initiative wird deshalb dieses Modell der integrierten Versorgung gegenübergestellt. Die parlamentarische Initiative Joder passt in dieses Modell und stellt die gesetzgeberische Konkretisierung des bundesrätlichen Gegenentwurfs für den Bereich der Pflege dar. Die parlamentarische Initiative geht in die gleiche Richtung wie der bundesrätliche Gegenentwurf. Dies ist für die politische Realisierung wichtig.

Abgegeben anlässlich der PK vom 12.7.11, 10.30 Uhr, Hotel Kreuz, Bern